

Jutta Ditfurth
c/o ÖkoLinX-ARL im Römer
Bethmannstr. 3
60311 Frankfurt/Main
e-Mail: jutta.ditfurth@t-online.de
homepage: www.jutta-ditfurth.de

+++ Diese Rede darf geteilt und – nach Rücksprache mit mir – in kritischen linken Medien veröffentlicht werden +++

G 7: IMMER WIEDER DEUTSCHLAND

von Jutta Ditfurth

Rede auf der Demonstration gegen den G7-Gipfel am 7. Juni 2015
in Garmisch-Partenkirchen

Herzlich willkommen in der bayerischen Polizeistaats-Idylle! Handbemalte Häuser, schmelzende Gletscher, verbarrikadierte Läden. Viel saturiertes Bürgertum, das nicht gestört werden will. Aber auch einige Menschen, die sich über unser Kommen freuen. Keine Freiheit der Demonstration, denn jeglicher Zugang nach Garmisch-Partenkirchen ist polizeikontrolliert. Inzwischen wurde zugegeben: Es sind 30.000 Polizist*innen, die uns belagern und unsere Freiheit einschränken. Deutsche Idyllen waren stets trügerisch.

Am Freitag wurde bei einer antimilitaristischen Demo ein Panzer aus Pappmaché verbrannt. Später schimpfte eine Garmischerin in einem Café: »Die Demonstranten haben Feuer gelegt! Was für eine Provokation!« Tja, wo liegt die Gewalt und wo die Provokation?

Das Mittelmeer der Leichen ist barbarische Gewalt. Deutsches Kapital produziert die Fluchtursachen. Die deutsche Mittelschicht weiß, dass sie von den Gewaltverhältnissen profitiert. Sie fühlt sich in der Weltwirtschaftskrise bedroht, ihre oft nur eingebildete Sorge wandelt sie in Aggressionen gegen Schwächere um: gegen Roma, Flüchtlinge, Arme und sog. »Unproduktive«.

Die faktische Abschaffung des Asylrechts 1992 kippte einen Tank voll Benzin in die Feuer der Pogrome der frühen 1990er Jahre. Und die Spaltung, Entsolidarisierung, Verarmung durch die Agenda 2010 und Hartz-IV waren Kompost für eine neue völkische, rassistische und antisemitische Bewegung – in den Parlamenten und auf der Straße.

Immer wieder Deutschland: In der Ukraine herrscht Bürgerkrieg. Eine der treibenden Kräfte ist die Bundesrepublik Deutschland als Hegemonialmacht der EU. Der Konflikt ist auch ein Ausdruck der innerimperialistischen Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Zentren EU-Europa und USA. Deutsche Politik zielte zuerst auf eine ökonomische Durchdringung der Ukraine mittels eines Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU. Die Ukraine soll zum Hinterhof der EU werden. Dass die frühere Regierung das Abkommen 2013 platzen ließ, durchkreuzte die Pläne des deutschen (!) Imperialismus. (Schönen Gruß an alle Antiamerikaner*innen!)

Es folgte Einflussnahme und Instrumentalisierung der Opposition. Faschist*innen gewannen die Hegemonie unter den Platzbesetzer*innen des Maidan. Dann besetzten sie nach dem Sturz der Regierung Schlüsselpositionen in der neuen Regierung. Diese Entwicklung bedrohte die mehrheitlich an Russland orientierte Bevölkerung in der östlichen und südöstlichen Ukraine. In der deutschen Propaganda erscheint die deutsche Regierung als neutrale Verhandlungsführerin zwischen der Ukraine und Russland. In Wahrheit verfolgt sie die Interessen des deutschen Kapitals.

Ökonomische Interessen sind die Triebfeder imperialistischer Strategien von Staat und Kapital. Der Zwang zur Profitmaximierung bedingt die Ausweitung der Produktion und die Eroberung neuer Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Produktionsstandorte. Schon Marx beschreibt, wie selbst »Transport- und Kommunikationswesen Waffen zur Eroberung fremder Märkte« werden.

Die Überakkumulation von Kapital, das nach weiterer Verwertung verlangt, lässt die nationalen Grenzen zu eng werden. Imperialistische Regierungspolitik ist die Umsetzung der Expansionsziele des Kapitals. Dies geschieht nicht 1 : 1, denn verschiedene Kapitalfraktionen verfolgen unterschiedliche Interessen. Der Vermittler dieser Interessen ist der Staat als »ideeller Gesamtkapitalist« (Engels). Die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen schaden z.B. bestimmten deutschen Kapitalfraktionen. Deren Lobbyisten reden dann gern von »Besonnenheit« und meinen doch nur ihren Profit. Und auch in diesem Konflikt gibt es mehr als zwei Positionen....

Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben wir eine veränderte Weltlage. Die Beschränkungen der imperialistischen Handlungsfähigkeit Deutschland als Folge von NS-Faschismus und Kriegsniederlage sind vorbei, Deutschland ist wieder »dabei«.

Deutschland hat im 20. Jahrhundert zwei große militärische Expansionsversuche hinter sich. Die aggressive Außen- und Kolonialpolitik des Kaiserreichs führten in die »Blutmühle« des Ersten Weltkriegs. Der Plan, Europa einschließlich Russlands, den Interessen des deutschen Kapitals direkt zu unterwerfen, scheiterte. Schon in diesen frühen Strategien finden sich übrigens Pläne zu Massendeportation, großräumiger Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen und einem Zwangsarbeitslagersystem.

Die imperialistische Zielsetzung aber war trotz der Niederlage ungebrochen. Für den zweiten großen Versuch im 20. Jahrhundert wurden in der Weimarer Republik aggressive Strategien als »ethischer Imperialismus« maskiert, damals schon unter Nutzung von Begriffen wie »Menschenrechte« oder »Selbstbestimmung«. Anders sei, so hieß es, den »Weltverbesserungsansprüchen« der Demokraten nicht beizukommen.

1945, nach der zweiten großen Niederlage, wurde die BRD, mit maßgeblicher Hilfe der USA, kapitalistischer Frontstaat gegen den Kommunismus und es wurde ihr die Wiederbewaffnung und 1955 Einbindung in NATO erlaubt. Aber es gehört zu den deutschnationalen Mythen, dass die NATO die BRD zur nuklearen Bewaffnung dränge: die BRD selbst wollte es und versuchte es auf verschiedenen Wegen.

Dass die BRD den Atomwaffensperrvertrag schließlich unterzeichnete sollte die internationalen Geschäfte verbessern. Und: freie Fahrt für das angeblich nur zivile

Atomprogramm liefern. Denn welcher Staat auch immer ein sog. ziviles Atomprogramm hat kann selbstverständlich auch Atomwaffen bauen.

Auf diesem G 7-Gipfel wird über »Frauenförderung«, »Klimaschutz«, »resistente Antibiotika« – und was noch? – gesprochen: ethisch verschleierter Imperialismus. Um den Stopp von Rüstungsexporten und Atomwaffenplänen, um die Abschaffung der Armut, das Ende der Naturvernichtung und die Beseitigung von Sklaverei, Rassismus, Sexismus, Islamophobie und Antisemitismus geht es auch diesmal nicht. Denn das ginge ja an die Substanz des kapitalistischen Geschäfts.

Mit der Annexion der DDR wurde die BRD vollends souverän und platzierte sich neu in der innerimperialistischen Konkurrenz, auch in dem sie nach außen kriegsfähig wurde und nach innen die sozialen Sicherungssysteme zerstörte.

Aus »Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg« wurde »Krieg gegen Jugoslawien angeblich wegen Auschwitz«. Auch hier »ethischer« Imperialismus. Dieser erste deutsche Krieg seit 1945, dem weitere folgten, war der Durchbruch zur Erlangung der vollen imperialistischen Handlungsfähigkeit. Ist es Euch schon einmal aufgefallen, dass seither fast alle deutschen Filme über den NS-Faschismus keine Toten in Gaskammern mehr zeigen? Heute geht es um »Unsere Mütter und Väter«, die doch die eigentlichen Opfer waren und um Dresden usw.

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA zerstören den von Lohnabhängigen erkämpften Verbraucherschutz, soziale Standards und Umweltgesetze zugunsten eines freien Kapital- und Warenverkehrs der kapitalistischen Zentren untereinander für eine neue Welle der Steigerung des Profits.

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise, fälschlicherweise oft Finanzkrise genannt, ist nicht vorbei. Krise und Angst werden genutzt, um Herrschaftsverhältnisse auszudehnen und zu betonieren. Aber Deutschland geht gestärkt aus der Weltwirtschaftskrise hervor. Den diversen deutschen Bundesregierungen – egal in welcher Regierungskombination von CDU-SPD-Grünen und FDP – ist es gelungen, viele Krisenfolgen ins südliche und südöstliche Europa abzuschieben. Während beispielsweise die Gesundheitsversorgung in Griechenland zusammenbrach, strich das deutsche Kapital Extraprofite ein.

Der Weg in die neuen deutsche Kriege ging rasend schnell: In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 hieß es: »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« als »vitalen Sicherheitsinteresse« Deutschlands. 2002 galt es »Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ... am Hindukusch« zu verteidigen.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 definierten »Verteidigung« als Kriegführung überall in der Welt: »Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Friedensoasen mehr. Verteidigung lässt sich geografisch nicht mehr begrenzen.«

Was sollte da verteidigt werden? 2011 hieß es: »Zu den deutschen Sicherheitsinteressen« gehöre es, »Krisen und Konflikte zu verhindern, vorbeugend

einздämmen und zu bewältigen, die die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten beeinträchtigen; ... einen ... freien Zugang ... zu natürlichen Ressourcen«.

Gemeint sind die Ressourcen auch weit entfernter anderer Staaten und Regionen der Welt.

Zweiter Weltkrieg und Auschwitz gelten heute als »überwunden«. Als ob das möglich wäre. Ob CDU oder SPD, ob Merkel, Steinmeier oder Gauck, (ursprünglich Präsidentschaftskandidat der Grünen): überall mehr Bereitschaft zu deutschen Kriegsbeteiligungen. Steinmeier: »Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.« von der Leyen: »Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht.« Gauck sülzt am meisten: »die historische Schuld Deutschlands dürfe nicht länger Grund für Zurückhaltung sein«.

Heute sind es hier in Garmisch etwa 35 Grad, aber Deutschland scheint gleich neben der Arktis zu liegen. Die deutsche Regierung erhebt nämlich für das deutsche Kapital Ansprüche auf einen Teil der Arktis, deren Bodenschätze aufgrund der schmelzenden Eisdecke demnächst aufgeteilt werden. Deutschland ist sogar im »Arktischen Rat« vertreten, der über Verteilungsfragen entscheiden soll. Sicher alles wg. Ökologie und Klimaschutz!

Der deutsche Imperialismus ist erfolgreich neu geschminkt. Es wird auch sobald keinen deutschen Historikerstreit mehr geben, der vielleicht zu ein paar Erkenntnissen hätten führen können. Geschichtsrevisionismus ist spätestens seit letztem Jahr in der bürgerlichen deutschen Geschichtswissenschaft hegemonial. Nein, Deutschland war nicht schuld am Ersten Weltkrieg. Es war alles bloß »Schlafwandelei« und vermutlich Karma...

Beim G7-Gipfel geht es um innerimperialistische Verständigung unter neuerlicher Ausgrenzung Russlands – nicht um »Frauenförderung«, »resistente Keime« oder das Klima. Und die Verhandlungen und Gespräche von denen wir nichts erfahren sind die wichtigsten.

Immer wieder Deutschland – sobald wir uns ein bisschen erholt haben: In vier Monaten kommt der nächste Schritt deutschnationaler Selbstvergewisserung auf uns zu. 25 Jahre so genannte »deutsche Wiedervereinigung«. Der Bund, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt/Main stecken viele Millionen Euro in die Ausrichtung überschäumender nationalistischer Feiern am 3.10.2015 in Frankfurt/Main. Auch das soll die Vormachtansprüche Deutschlands in Europa befördern.

Es wäre schön, Euch alle dort bei antinationalen Protesten wieder zu sehen!

Unser Ziel bleibt eine vom Kapitalismus befreite Gesellschaft.
Für ein glückliches, herrschaftsfreies Leben für alle. Ein Leben in dem alle sozial gleich sind und deshalb wirklich frei!

Danke.

Anmerkung: Diese Rede sollte auf der Abschlusskundgebung der Stop G7-Demo am Samstag, 6.6.2015 in Garmisch-Partenkirchen gehalten werden. Die Abschlusskundgebung fiel einem heftigem Gewitter und Wolkenbruch um Opfer. Meine Rede habe ich dann auf der Demo einen Tag später gehalten, als es darum ging, gegen die vielfältigen Repressionen und die Ingewahrsamsnahme von 98 Demonstrant*innen zu protestieren. Für den mündlichen Vortrag habe ich sie gekürzt, dies hier ist die ungekürzte Originalfassung. J.D.